5|23 September/ Oktober

PRO LIBERTATE

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial

Erich Hess
Nationalrat und Unternehmer, Bern
hesserich@gmx.ch

Fachkräftemangel im Bundeshaus stoppen!

Es wird eng in unserem Land: Allein 2022 sind mehr als 180'000 Personen in die Schweiz eingewandert. Ein neuer Rekord, der zunehmend negativ wahrgenommen wird. Unsere Infrastrukturen sind chronisch überlastet und immer mehr Lebensbereiche sind vom Dauer-Zustrom betroffen. Bei der Einführung der Personenfreizügigkeit wurde diese als wirksames Mittel gegen den Fachkräftemangel im Inland angepriesen. Die Realität zeigt: Fachkräfte fehlen weiterhin. Die Situation hat sich mit dem EU-Freizügigkeitsabkommen sogar noch verschärft: Zuwanderer brauchen Wohnungen, nutzen vielfache Leistungen des Sozial- und Gesundheitswesens, nutzen Strassen und ÖV und werden früher oder später vom Schweizer Rentensystem profitieren, selbst wenn sie nur wenige Jahre in das System eingezahlt haben. Die Migrationspolitik muss endlich wieder am Interesse des Landes ausgerichtet werden! Mit Ihrem Wahlzettel haben Sie es in der Hand, dass zumindest dem «Fachkräftemangel» im Bundeshaus Abhilfe geschaffen wird!

IST UNSERE DEMOKRATIE IN GEFAHR?

Sabina Geissbühler-Strupler
alt Grossrätin, Herrenschwanden BE

1848, vor 175 Jahren, wurde mit der Bundesverfassung die Grundlage für unsere Demokratie geschaffen. Für alle Bürger wurden Rechte und Pflichten festgeschrieben, welche ein friedliches Zusammenleben in möglichst grosser Freiheit ermöglicht haben. Die dezentralen Strukturen garantierten eine grösstmögliche Identität mit dem Wohnort, und ermöglichten damit den Einsatz jedes Einzelnen bei ehrenamtlichen Tätigkeiten zum Wohle der Gemeinschaft. Durch die politischen Strukturen und Möglichkeiten entwickelte sich die Schweiz zu einer einmaligen, direkten Demokratie.

Diese Einleitung ist bewusst in der Zeitform «Vergangenheit» geschrieben, denn wir sind daran, die Errungenschaften, die eine direkte Demokratie ausmacht, zu verlieren. Grundpfeiler der direkten Demokratie sind in Gefahr!

Freie Meinungsäusserung
Eine freie Debatte, sogar zwischen Wissenschaftlern, ist gefährdet. Wer nicht im Mainstream mitschwimmt, wird ausgeschlossen, mundtot gemacht und erhält keine Plattform, um seine Argumente darzulegen. Das musste ich selber bei der Debatte über die

Legalisierung von Cannabis erleben.

Umsetzung des Volkswillens
Die eidgenössischen Räte setzen Entscheide des Volkes – wie z.B. die Masseneinwanderungs- oder die Ausschaffungsinitiative – nicht sinngemäss um. So fehlt die verbindliche Festlegung von Obergrenzen bei der Masseneinwanderung, resp. wurde bei der Ausschaffung nachträglich eine Härtefallklausel eingebaut, die nun immer häufiger bei Gerichtsentscheiden angewandt wird.

Notrecht
Weil in letzter Zeit unsere oberste Behörde mehrmals das Notrecht benutzt hat, wurde das Vertrauen der Bevölkerung und der Glaube an unsere gut funktionierende Demokratie, in welcher die Volksrechte hochgehalten werden, arg strapaziert.

Immer wieder muss ich von den bis anhin aktiven Bürgern hören: «Es hat keinen Zweck mehr abzustimmen, denn die in Bern (d.h. Parlament, Bundesrat und insbesondere die Verwaltung), machen sowieso was sie wollen». Doch es gibt noch weitere Gefahren für unsere Einzigartigkeit.

Umsetzung von Gesetzen
Gerichtsentscheide können oft nicht mehr mit gesundem Menschenverstand nachvollzogen werden. Da die Richter, ausser im Strassenverkehr, einen grossen Spielraum für ihre Urteile haben, fällt die Beurteilung eines Sachverhaltes je nach Richter unterschiedlich aus.

Abschaffung der Eigenverantwortung
Statt der Eigenbetreuung der Kinder werden flächendeckende externe Betreuungsangeboten gefordert. Dabei wird die Staatskasse dank der Selbstbetreuung der Kinder pro Jahr um 82 Milliarden entlastet. Je mehr sich aber der Staat ins persönliche Leben der Menschen in der Schweiz einmischt, Stichwort «bedingungsloses Grundeinkommen», desto weniger Verantwortung werden die Einzelnen übernehmen.

Zentralisierung
Die Schliessung von Landschulen, das «Herz» einer Gemeinde, führt zur Abwanderung aus den dezentralen Strukturen. Damit geht auch die Identität der Bürger mit ihrem Wohnort und ihr ehrenamtliches Engagement verloren. Je anonymer die Gesellschaft ist, desto kleiner ist das Interesse, etwas zur Lösung von Problemen beizutragen.

Radikalisierung
Eine grosse Herausforderung für unsere Demokratie sind die zunehmenden Rechtsbrüche, um politische Forderungen durchzusetzen. Eine Radikalisierung, wie sie sich in den letzten Jahren bei den militanten Klimaaktivisten mit Sachbeschädigungen, Nötigung, Störungen des öffentlichen Lebens und Erpressung zeigt, muss unbedingt gestoppt werden.

Medien
Die Medien – die «vierte» Gewalt im Staat – tragen eine besonders grosse Verantwortung, damit die Demokratie funktioniert. Es gilt: «Damit in einer Demokratie das geschieht, was die Mehrheit des Volkes meint und will, hängt von den Informationen ab, die ihm vermittelt oder vorenthalten werden». Insbesondere nehmen die Fälle, wo Informationen bewusst nicht vermittelt werden, massiv zu.

Zustrom von Asylsuchenden aus anderen Kulturen
Weshalb werden zum Beispiel Syrer nicht von ihren muslimischen Glaubensbrüdern aufgenommen? Saudi-Arabien z.B. unterhält im Gebiet von Mekka eine Zeltstadt für ca. 3 Millionen Menschen. Bei einer solchen Entwicklung – insbesondere in den letzten 175 Jahren seit der ersten Bundesverfassung – stelle ich tatsächlich fest, dass unsere Demokratie gefährdet ist. Wenn wir unseren Nachkommen eine selbstbestimmte, lebenswerte Schweiz hinterlassen wollen, ist der volle Einsatz von uns allen nötig. Nutzen wir also unsere demokratischen Rechte und Pflichten, beteiligen wir uns in unserer Gesellschaft zum Wohlergehen aller und nehmen wir unser Stimm- und Wahlrecht – auf allen Ebenen! – wahr. +

In dieser Ausgabe

1 Ist unsere Demokratie in Gefahr?
2 Schönwetter-Politiker
3 Vorsicht: Russische Spionage!
3 Landesversorgung stärken!
4 Für ein weiterhin freies Taiwan
4 Deutsche «Vaterlandsliebe»
5 SRG: Rot-grüner Einheitsbrei
5 Zur Bundesfeier: Ein Kompliment
5 Es fehlen sogar 84 Panzer!
5 «Neuer» Schweizerpsalm
6 Mehr Geschichte und weniger Gender-Tage an unseren Schulen!
7 Mangelhafter und enttäuschender WEA-Schlussbericht

www.prolibertate.ch

Glosse

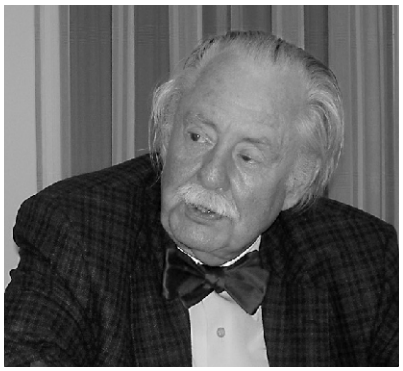
Schönwetter-Politiker

Janosch Weyermann
Stadtrat und Vorstandsmitglied
PRO LIBERTATE, Bern

Es findet nur alle sechs Jahre statt und gilt nach dem «Eidgenössischen» als wichtigster Anlass in dieser Sportart: Das Unspunnen-Schwingfest bei Interlaken. Man sollte meinen, dass sich die Vertreter der Landesregierung gegenseitig auf die Füsse treten, um hier ihre Grussbotschaft überbringen zu dürfen. Tatsächlich waren am letzten August-Wochenende weder Sportministerin Viola Amherd noch der amtierende Bundespräsident Alain Berset vor Ort, um den geschichtsträchtigen Anlass mit Schweizer Brauchtum zu würdigen. Ins verregnete Berner Oberland getraute sich einzig Bundesrat Albert Rösti, der immerhin seine Wurzeln in der Region hat und mit seiner Anwesenheit auch gleich seine Wetterfestigkeit unter Beweis stellte. Man merke: Schönwetter-Politik ist manchmal wortwörtlich zu verstehen. +

Verteidigung

Vorsicht: Russische Spionage!



Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann
Bonn/Königswinter (D)

Der Leiter des Militärischen Nachrichtendienstes der Schweiz warnte unlängst vor der Zunahme der Agententätigkeit Moskaus. In der Tat vergrössert sich die Anzahl der Angehörigen der zivilen FSB- und der militärischen GRU-Geheimdienste, die zumeist unter dem Schutz der Immunität als Diplomaten vorgehen oder über die internationalen Behörden in Genf arbeiten. Primäre Ziele sind die Neutralitätspolitik der Eidgenossenschaft und die Probleme der Waffenlieferungen. Im vergangenen Jahr mussten die USA und die EU-Staaten Hunderte solcher «Diplomaten» wegen Agententätigkeiten ausweisen; die Bundesrepublik Deutschland erklärte vor etlicher Zeit vierzig Russen als «unerwünschte Personen».

In Schweden wurden unlängst zwei GRU-Mitglieder entlarvt, die gegen die dortigen Sicherheitsbehörden spioniert hatten. Norwegens Abwehrstelle verhafteten einen ortsansässigen Wissenschafter, der sein Land gegen einen höheren Agentenlohn verraten hatte. Der Deutsche Bundesnachrichtendienst BND erlitt eine schwere Niederlage, als er einen Referatsleiter, der zur wichtigen Abteilung «Technische Aufklärung» gehörte, als Mitarbeiter für Moskau überführen musste. Die Niederlande nahmen ein GRU-Mitglied fest, der am internationalen Strafgerichtshof eingeschleust werden sollte.

In jüngster Zeit spähten GRU-Mitglieder kritische Offshore-Strukturen für potentielle Sabotageakten aus. Österreich wies im Februar 2023 zwei «Diplomaten» aus, einer war auf die ständige Vertretung der Vereinten Nationen angesetzt. Mitte März zerschlug der polnische Inlandgeheimdienst einen Ring russischer Geheimagenten von neun Personen, die Anschläge auf den Bahnverkehr vorbereiten sollten. Kurz zuvor hat die Regierung Australiens bekannt gegeben, sie hätten im Laufe der vergangenen Monate «einen ganzen Bienenstock» enttarnt. +

Krisen

Landesversorgung stärken

Sandra Schneider
Grossrätin und Vorstandsmitglied
PRO LIBERTATE, Biel/Bienne

Die Bewältigung von Krisenereignissen geht selten reibungslos oder gar fehlerfrei vonstatten. Daher macht es Sinn, im Nachgang eine «Manöver-Kritik» vorzunehmen, an der Problemfelder angesprochen und Massnahmen zur künftigen Verbesserung getroffen werden können.

Nach Ende der Corona-Pandemie scheint bei vielen Akteuren von damals jedoch nur wenig Lust vorhanden zu sein, sich selbstkritisch zu den damals getroffenen Massnahmen zu geben. Man klopfte sich gegenseitig auf die Schultern und lobte die eigene Arbeit. Mit dem Rücktritt von Gesundheitsminister Alain Berset auf Ende Jahr ist auch nicht mehr zu erwarten, dass noch eine «Manöver-Kritik» folgen wird.

Dabei wären die Erkenntnisse aus der Pandemie durchaus lehrreich. So hat sich gezeigt, dass die Schweiz sich in Krisenfällen besser nicht am Ausland orientiert. Dabei geht es nicht zwingend um Autarkie als vielmehr um eine Stärkung der Resilienz. Krisen zeichnen sich auch dadurch aus, dass wichtige (Alltags-) Güter für eine gewisse Zeit schwer oder nur zu hohen Preisen erhältlich sind.

Ein Pfeiler der wirtschaftlichen Landesversorgung ist – neben der Lagerhaltung – die Möglichkeit, die inländische Produktion. Eine kürzlich lancierte Initiative legt dabei den Fokus auf die Versorgung der Schweiz mit medizinischen Gütern. Aktuell fehlen rund 1'000 unterschiedliche Medikamente. Verstärkt wird diese Mangellage noch, wenn Lieferketten gestört werden. Mittlerweile werden zahlreiche Medikamente der Grundversorgung wie Antibiotika beinahe ausnahmslos in asiatischen Ländern wie Indien und China hergestellt.

Die Initiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit» macht auf diese Diskrepanz aufmerksam und will die Abhängigkeit vom Ausland verringern, indem einheimische Produktionskapazitäten erhalten resp. ausgebaut werden. Weiter sollen Importe von zuverlässigen Produzenten sichergestellt werden und aus verlässlichen Ländern erfolgen. Die Pandemie machte deutlich: Die Landesversorgung muss gestärkt werden! +

Unterschriftenbogen bestellen:
E-Mail: info@prolibertate.ch
Telefon/SMS: 079 729 58 03

China

Für ein weiterhin freies Taiwan

Shi Wu Fei
Taipeh

Unbemerkt von der Weltöffentlichkeit nimmt der Griff auf den Inselstaat in Form der fast täglichen Verletzungen dessen Luftraumes und dessen Hoheitsgewässer zu. Die Volksrepublik China, die seit 1949 von der Kommunistischen Partei (KP) regiert wird, anerkennt Taiwan als eigenständigen Staat nicht und will diesen notfalls militärisch okkupieren. Das fundamentale Recht auf Selbstbestimmung wird Taiwan verweigert, obwohl es niemals zur Volksrepublik gehörte und seine Demokratie sogar als führend gilt!

Gewarnt von Schicksalen Tibets, der Uiguren und Hongkongs und der wachsenden Bedrohung durch Peking hat man in der Hauptstadt Taipeh nun den Verteidigungshaushalt auf 20 Milliarden US-Dollar erhöht (das Militärbudget der Volksrepublik beträgt 292 Milliarden). Im Kriegsfalle gibt es für die chinesisch-kommunistischen Streitkräfte nur vier Anlandemöglichkeiten. Sie müssen zunächst die 180 Kilometer breite Formosastrasse überqueren, wofür sie über zwölf Stunden benötigen würden. Vorsichtigen Schätzungen zufolge müssten im ersten Schlag 300'000 übergesetzt werden, pro Landungswelle können es indessen nur 20'000 schaffen. Angesichts der zahlenmässigen Übermacht konnte sich die Armee Taiwans (2 Millionen Soldaten und 2,5 Millionen Reservisten) gewiss nur wenige Wochen halten.

Militärische Schutzmacht Taiwans sind die Vereinigten Staaten von Amerika, auch wenn es keine formale Beistandsverpflichtung wie gegenüber der NATO gibt. Ein Gesetz Washingtons von 1979 indes manifestiert, dass man in den USA jede gewaltsame Veränderung des Status Quo mit «grosser Sorge» betrachtet. Die USA behalten sich das Recht vor, ob und wie sie in einem solchen Falle reagieren würden. Gegenwärtig sind 200 US-Soldaten in Taiwan stationiert. Inzwischen hat der US-Präsident wiederholt sein militärisches Eingreifen versichert! Und Washington wird eingreifen müssen, wenn es nicht das berühmte «asiatische» Gesicht verlieren und von ihrer bisherigen Weltmacht Nr. 1 zugunsten der Kommunisten Chinas abtreten will. Selbst der Stolz des Amerikaners würde ein solches verbieten. Dass dies in Peking bekannt ist, gilt als sicher.

Doch Xi Jinping, der allumfassende Diktator Pekings, will die Eroberung Taiwans. Er sieht sich als Nachfolger des einstigen chinesischen Gotteskönigs und strebt nach seinen eigenen Worten die Weltherrschaft an.

Taiwans Hauptstadt Taipeh.
Foto: unsplash.com

Der Westen muss sein Bekenntnis zur Verteidigung demokratischer Werte und seine Ablehnung jeglicher Form von Unterdrückung beweisen und sollte sich nicht dem Druck Pekings beugen. Wirtschaftliche und politische Sanktionen sollten das politische Kalkül beeinflussen. Zum anderen könnte Taiwan als Teil der westlichen Wertegemeinschaft durch bilateralen Handel und Investitionen sowie durch politische Besuche gestärkt werden. Vielleicht würde dadurch für Peking das Risiko militärischer Gewalt gegen Taiwan zu gross. Unserem Erdball bliebe zugleich ein Dritter Weltkrieg zwischen den beiden grössten Militär- und Wirtschaftsblöcken – China und den USA – erspart. +

Gesellschaft

Deutsche «Vaterlandsliebe»

Dr. Léon Gaucher
Clarens VD

Wie sehr sich die Deutschen doch verändert haben! Noch vor rund 80 Jahren wollte ihr «Grossdeutsches Reich» mit seinen Blitzkriegen die ganze Welt erobern. Eine Dominanz auf dem europäischen Kontinent war zumindest für eine Zeit lang Realität.

Heutzutage ist gemäss einer Meinungsumfrage indes nur gerade jede zehnte Person bereit, in einem Verteidigungsfall ihre Heimat zu schützen. Selbst innerhalb der Bundeswehr hat sich die Zahl der Soldaten nicht unerheblich erhöht, die den Dienst an der Waffe verweigern.

Stürzte vor rund drei Jahrzehnten die DDR-Bevölkerung ihre SED-Diktatur, so würde sich jetzt mehr als ein Viertel der Deutschen gemäss dieser Befragung mit einer zu erwartenden neuen Diktatur widerstandslos arrangieren.

Weitere 25 Prozent möchten vor einem drohenden Krieg ins Ausland flüchten. Dabei dürfte schon aus sprachlichen Gründen die Schweiz eine dominierende Rolle spielen. Für den Rest – immerhin rund 40 Prozent – scheinen derartige Fragen ausserhalb ihrer Gedankenwelt zu liegen.

Was bei dieser Umfrage nicht untersucht worden ist: Das schwer einzuschätzende Verhalten der Millionen Ausländer in Deutschland bei einem solchen Ernstfall. +

Leserbrief

SRG: Rot-grüner Einheitsbrei

Nur damit es vornherein klar ist: Nicht allein die fehlende Qualität der SRG-Programme wird von den Initianten für eine Beitragskürzung an unsere links-grüne Medien- und Pressewelt bemängelt. Man will mit dem Verdikt unsere «Nestbeschmutzer vom Dienst» nicht weiterhin mit grosszügigen und überrissenen finanziellen Zuwendungen aus den Portemonnaies der Steuerzahler unterstützen. Sie treten unsere vielgepriesene Demokratie mit Füssen, indem sie bürgerliche Exponentinnen und Exponenten in Talk-Shows am Bildschirm von Anbeginn an ins Leere laufen lassen und lächerlich machen. Wir brauchen kein Staatsfernsehen, das sich einer sorgfältig programmierten und völlig einseitigen linken Informationspolitik verschrieben hat.

Wer in diesem Zusammenhang noch von wertvollen und verlässlichen Medien mit hohen Qualitätsstandards spricht, redet einem verwerflichen und sehr fragwürdigen Trend in unserer Medienwelt und einem infamen Einheitsbrei das Wort, wie er in diktatorischen und demagogischen Staatssystemen alltäglich ist. Eine derart quere Institution soll nun endlich für ihren programmatischen Unsinn bestraft werden.

Ernst A. Rubli, Ramsen SH

Foto: unsplash.com

Leserbrief

Zur Bundesfeier: Ein Kompliment

Foto: pixabay.com

Dem Schweizer Fernsehen muss ich ein Kompliment machen, meine Erwartungen sind übertroffen worden: Die Predigt zum Bundesfeiertag am 1. August fand auf dem Gotthard-Pass, dem «Zentrum» der Schweiz statt, wo schon mein Grossvater im Ersten Weltkrieg Dienst leistete. Die Befestigungen des Zweiten Weltkriegs umgaben die Besucher der Predigt. Am Nachmittag interessierte mich die Tell-Aufführung, die 1960 gedreht wurde. Ich hatte immer noch in Erinnerung, wie versucht wurde, Tell durch Schiller zu verunglimpfen. Wenn auch rein Historisch nicht beweisbar, möchte ich Schiller für seine bewährte Arbeit danken.

Wer das Weltgeschehen beobachtet, kommt zum Schluss, dass uns Anschlüsse nicht stärken. Mit den Worten: Wer sich selber hilft, dem hilft Gott, wünsche ich allen Lesern Mut und Zuversicht.

Peter Baumgartner,
Langenthal BE

Leserbrief

Es fehlen sogar 84 Panzer!

Beim Artikel «Keine Leoparden für Deutschland» (erschienen in PL 4/24) von Divisioär aD Heer hat sich bei der wesentlichsten Zahl ein Fehler eingeschlichen. Es fehlen für die dritte Mechanisierte Brigade nicht zusätzliche 28 Panzer – es fehlen sogar 84 Panzer 87WE.

Hans Schmid,
Oberstlt der Pz Trp aD

Kommentar der Redaktion: Wir danken Herrn Schmid herzlich für den Hinweis. Der Autor des Artikels wurde darauf aufmerksam gemacht und der Artikel wurde entsprechend überarbeitet.

«Neuer» Schweizerpsalm

Trittst mit der Europa-königsblauen Fahne daher,
seh' ich vor mir ein Funktionärs- und Reglementierungsheer.
Wenn der EU-Turbo sich errötet,
betet freie Schweizer betet!
Eure freie Seele ahnt,
dass Ungutes sich anbahnt!

Markus Stoercklé jun., Basel

Foto: unsplash.com

Mehr Geschichte und weniger Gender-Tage an unseren Schulen!

Dr. iur. Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin, Küsnacht ZH

Geschichte ist grundlegend für das Verständnis unseres Landes. Es gilt darum, dieses Schulfach aus seinem Schattendasein zu holen. Schülern soll auf attraktive Art die Erfolgsgeschichte der Schweiz vermittelt werden.

Vor Kurzem habe ich zusammen mit Rochus Burtscher ein Postulat im Kantonsrat eingereicht, welches den Geschichtsunterricht an den Volksschulen wieder stärken will. Dabei haben wir vom Regierungsrat ein Konzept zur Aufwertung des Geschichtsunterrichts verlangt. Leider sind die heutigen Rahmenbedingungen für einen qualitativ hochstehenden Geschichtsunterricht insbesondere in der Sekundarschule unbefriedigend, wie auch viele Lehrkräfte bestätigen. Lieber veranstaltet man Gender-Tage und Klimadebatten an den Schulen. Auch die Kombination von Geschichte und Geografie ist nicht sinnvoll. Zudem ist die Reduktion auf drei Wochenstunden ungenügend. Historisches Basiswissen ist für Schulabgänger auch für das Verständnis der Gegenwart sehr wichtig.

Historisches Grundwissen

Bei der Frage, was die Jahreszahl 1848 bedeute, dürften viele Schulabgänger wohl keine Antwort haben. Es fehlt die Vorstellung, dass die damals geschaffene Bundesverfassung ein markanter Meilenstein unserer Landesgeschichte ist. Das gelungene Werk bildete die rechtliche Grundlage für die Weiterentwicklung unseres Landes hin zu einer direkten Demokratie. Doch in den Sekundarschulklassen befasst man sich leider zu selten mit diesen Zusammenhängen. Eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist ein Ansporn für die Weiterentwicklung einer Demokratie. Trotzdem wagen es nicht alle Lehrpersonen, den Weg der modernen Schweiz als Erfolgsstory darzustellen. Man denkt beim Eisenbahnpionier Alfred Escher eher an die Verstrickungen seines Onkels in den Sklavenhandel als an Eschers Beitrag zum Bau der Gotthardbahn. Dabei hat unsere Geschichte genügend Erfolge vorzuweisen.

Lebendiger Unterricht

Im neuen Lehrplan der Volksschule wird ausdrücklich festgehalten, dass ein lebendiger Geschichtsunterricht in erster Linie auf faktenorientierten Erzählungen und einer spannenden Aufarbeitung historischer Ereignisse beruht. Was jedoch fehlt, ist ein Konzept mit einem verbindlichen Aufbau des historischen Grundwissens, wie von uns gefordert. So erstaunt es nicht, dass die schulische Praxis des Geschichtsunterrichts ein Flickwerk an Themen ergibt. Dazu kommt, dass in den zusammengestrichenen Geschichtsstunden viele Lehrpersonen die Bildungsinhalte nicht mehr direkt vermitteln können. Das Fach Geschichte braucht ein solides Unterrichtskonzept. Gefragt sind Lehrer, die gut ausgebildet sind und Freude haben, den Jugendlichen unsere Geschichte anschaulich zu erklären. Für den Lernerfolg ist dabei ein chronologischer Aufbau der Themen hilfreich, damit die Schüler Entwicklungslinien erkennen können.

Foto: unsplash.com

Verständnis für die Gegenwart

Jugendliche erleben Momente des tieferen Verstehens, wenn sie merken, dass unsere Freiheitsrechte und unser Wohlstand nicht selbstverständlich sind. Generationen vor uns haben wichtige Pflöcke eingeschlagen und uns den Weg geebnet. Die Zeit der späten Dreissigerjahre mit den Drohungen aus Nazi-Deutschland oder die Einkreisung unseres Landes im Jahr 1940 durch die Achsenmächte sind Themen, welche fast alle Jugendlichen fesseln. Hier geht es darum, zu zeigen, wie schwierig und wichtig eine geradlinige Politik sein kann, wenn die Existenz eines Staates auf dem Spiel steht. Es ist verblüffend, wie differenziert Jugendliche solche Situationen in offenen Klassengesprächen beurteilen können, wenn die historischen Fakten sorgfältig vermittelt wurden. Das sprach- und kulturfördernde Fach Geschichte verdient es, aus seinem Halbschatten herausgeholt zu werden. Erfolgversprechende Ansätze in der Schulpraxis zeigen, dass es Bewegung gibt, den Geschichtsunterricht besser auf die Interessen der Jugendlichen auszurichten und sich mit der erfolgreichen Schweizer Geschichte auseinanderzusetzen. Es braucht aber auch ein Umdenken auf politischer Seite, indem Geschichte wieder zu einem eigenständigen Fach aufgewertet und die Lektionenzahl an der Volksschule wieder erhöht werden. Dieses Thema gilt es auch, gesamtschweizerisch zu verfolgen. Kurzum: Es gilt, weniger Gender- und Klimatage zu veranstalten, dafür mehr Basiswissen zu vermitteln. +

Zukunft der Armee

Mangelhafter und enttäuschender WEA-Schlussbericht

Stefan Holenstein
Oberst i Gst, Präsident Verband Militärischer Gesellschaften VMG

Der Bundesrat liess in einer Medienmitteilung verlauten, dass er hinsichtlich des Schlussberichts der Weiterentwicklung der Armee (WEA) eine positive Bilanz ziehe. Mit Erstaunen und einer gewissen Irritation nehmen die Vereinigung PRO LIBERTATE und der Verband Militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG) Kenntnis sowohl vom Inhalt des Schlussberichts als auch von dessen überaus wohlwollender Bilanzierung durch den Bundesrat. PRO LIBERTATE und VMG stellen im Gegenteil ernüchtert fest, dass die WEA in ihren zentralen Kernbereichen der vollständigen Ausrüstung und der personellen Alimentierung ihre Ziele bei Weitem nicht erreicht hat. Er erachtet den Schlussbericht als mangelhaft und enttäuschend. Die beiden Vereinigungen attestieren dem Bundesrat, dass die Ziele bei der erhöhten Bereitschaft, der Mobilisierung, der verbesserten Kaderausbildung und der regionalen Verankerung erreicht worden sind.

Schweizer Armee weder vollständig ausgerüstet noch genügend alimentiert

Die WEA beinhaltet als zentralen Pfeiler die vollständige Ausrüstung der Armee. Im bundesrätlichen Schlussbericht wird das klarerweise nicht erreichte Ziel der vollständigen Ausrüstung schönfärberisch als «bestehende Herausforderung» bezeichnet. Im Weiteren wurden mit der WEA die gravierenden Alimentierungsprobleme nicht gelöst. Für diese macht der Bundesrat «gesellschaftliche Veränderungen» verantwortlich, anstatt die übermässigen Abgänge in den Zivildienst als Hauptursache der Bestandesprobleme zu benennen. Beide Faktoren – unvollständige Ausrüstung und ungenügende Alimentierung – führen dazu, dass die Schweizer Armee in einem Verteidigungskrieg nur ein paar wenige Wochen durchhalten könnte. Insbesondere beschädigt die politisch nach wie vor tolerierte Wahlfreiheit zwischen Armee und Zivildienst das Erfolgsmodell Milizarmee aufs Massivste.

Sicherheit und Landesverteidigung müssen in Anbetracht der volatilen sicherheitspolitischen Lage insbesondere in Europa erste Priorität haben. VMG und PRO LIBERTATE sind vor diesem Hintergrund enttäuscht vom WEA-Schlussbericht des Bundesrats und erwarten stattdessen vom Parlament deutliche und zeitnahe Korrekturen, und zwar wie folgt: die Beschleunigung der Beschaffungsprozesse zwecks Erlangung der vollständigen Ausrüstung, die Schliessung weiterer Fähigkeitslücken bis 2027 zwecks Kompetenzaufbau der Armee und schliesslich die Erhöhung des Militärbudgets auf mind. 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) bis spätestens 2030. Die vom Bundesrat im Januar 2023 geplanten Kürzungen der Armeeausgaben sind vom National- und Ständerat abzulehnen resp. zu korrigieren. +

Die Armee braucht endlich mehr Mittel! Foto: © VBS/DDPS

PRO LIBERTATE
www.prolibertate.ch

PIKOM
Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

Einladung zum Fachreferat

Peter Regli

Der Divisionär aD und ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

«Die Ukraine, Putin, Xi und Biden – unsere Freiheit ist bedroht»

Mittwoch, 18. Oktober 2023, in Bern
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

Beginn: 18.45 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Referat

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, 3018 Bern-Bümpliz. **Geschäftsstelle:** Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen, Tel. 031 332 57 84, Fax 031 981 39 82, E-Mail info@prolibertate.ch, Website: www.prolibertate.ch. Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6-8x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. **Der Vorstand:** Grossrat und alt Nationalrat Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz; Grossrat und Stadtrat Dr. iur. Patrick Freudiger (Vizepräsident), 4900 Langenthal; Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen; Jürg Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen; Stadtrat Janosch Weyermann (Beisitzer), 3018 Bern, Grossrätin und Stadträtin Sandra Schneider (Beisitzerin), 2502 Biel/Bienne.
Wir danken Ihnen für Ihre Spende auf PC 30-26847-0 (IBAN CH23 0900 0000 3002 6847 0) oder auf das WIR-Konto IBAN CH43 0839 1260 7737 7000 0.

Alpgschwänd, Hergiswil NW

Die Bergwirtschaft Alpgschwänd liegt auf über 1216 m. ü. M.. Mit dem Pilatus im Rücken, bietet dieser Ort dem Gast einen hervorragenden Blick über den Vierwaldstättersee hin zu Rigi und Bürgenstock. Foto: David Herzig

Kompetenzzentrum Militärmusik

Hohe Qualität und Kompetenz in Ausbildung und Einsatz sind Markenzeichen der Schweizer Militärmusik. Überzeugen Sie sich selbst an einem der folgenden Konzerte:

19. Oktober, St. Gallen, Olma-Gelände
24. Oktober: Hochdorf LU, Braui
27. Oktober: Gommiswald SG, Gemeindesaal
30. Oktober: Thun BE. Schadausaal
1. November: Suhr AG, Zentrum Bärenmatte
6. November: Wil SG, Stadtsaal
7. November: Landquart GR, Forum im Ried
28. November: Rheinfelden AG, Bahnhofsaal
29. November: Glarus GL, Aula Kanti

Weitere Konzertdaten und Informationen:
www.militaermusik.ch

Die Bestrebungen und Ziele von PRO LIBERTATE für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich!

Ich/wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE:

- ☐ **als Mitglied**
  Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaar Fr. 60.–
- ☐ **als Gönner**
  Jahresbeitrag Fr. 100.–
- ☐ **als Sympathisant**
  Beitrag nach freiem Ermessen

Foto: © VBS/DDPS

Literatur* zum Bestellen – bitte senden Sie mir:

..... Expl. **«Operationsziel Schweiz»** zum Spezialpreis von 29 Franken (statt 39 Franken)
..... Expl. **«Tell wacht»** zum Preis von 25 Franken
..... Expl. **DVD «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»** zum Preis von 24 Franken
..... Expl. **USB-Stick «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»** zum Preis von 24 Franken
..... Expl. **«Die Schweiz im 21. Jahrhundert»** zum Preis von 20 Franken
..... Expl. **«Wie sich die Schweiz rettete»** zum Spezialpreis von 49 Franken (statt Fr. 79.–)
..... Expl. **General-Guisan-Gedenkmünze: «Ernennung zum General vor 80 Jahren» inkl. Broschüre** zum Spezialpreis von 25 Franken
..... Expl. **«Freier Fels in brauner Brandung»** zum Spezialpreis von Fr. 29.– (statt Fr. 39.–)
..... Expl. **«Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Schweizer Armee – Tauglich für den Verteidigungsfall oder teure Luftschloss-Armee?»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Schweizer Billig-Armee – im Hybrid-Modus von Bundesrätin Viola Amherd»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Marignano 1515–2015»** zum Sonderpreis von 29 Franken
..... Expl. **«Pour le Mérite – Der unglaubliche Werdegang der Sophie Töpfer»** zum Preis von 29 Franken
..... Expl. **«Graue Sequenz – Episoden des Kalten Krieges»** zum Preis von 19 Franken
..... Expl. **«Fauvette – Die stille Front»** zum Preis von 9 Franken
..... Expl. **«Die Gotteskrieger – Die unterschätzte Bedrohung»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Christen und Muslime in einer Demokratie. Geht das?»** zum Spezialpreis von 24 Franken (statt 30 Franken)
..... Expl. **«Identität Schweiz»** zum Preis von 10 Franken

**zzgl. Porto und Verpackung*

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____ 5/23

Einsenden an:
PRO LIBERTATE
3052 Zollikofen
oder per Email:
info@prolibertate.ch
www.prolibertate.ch